

A N T R A G

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landeshaushaltsgesetz 2021,
Drs. 17/XXXX

Musikschulen in unserem Land dauerhaft und flächendeckend erhalten und für die Zukunft sichern

Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Musikschulen in Deutschland und Rheinland-Pfalz leisten seit Jahren einen entscheidenden Beitrag zur kulturellen Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Einerseits geht es hier um das Heranführen an Musik und praktisches Musizieren, auf der anderen Seite bieten Musikschulen durch ihr pädagogisches Arbeiten auch die Chance zur kulturellen Teilhabe einer breiten Bevölkerungsschicht.

Zahlreiche Studien haben belegt, wie entscheidend das Singen und Musizieren bereits für die frühkindliche Entwicklung ist. Singen und Musizieren fördern die Ausbildung von Gehirn und Seele und tragen darüber hinaus entscheidend zur sprachlichen Entwicklung bei. Dabei wird die Freude am Musizieren bereits im Kleinkindalter geweckt und im Idealfall entsprechend gefördert. Das Angebot der kommunalen Musikschulen ist für viele Familien ideal, da diese bisher vergleichsweise moderate Kursgebühren anbieten konnten.

Laut einer in diesem Jahr erschienenen Bertelsmann Studie werden bis zum Jahr 2028 über 2000 Musikschullehrer an Grundschulen fehlen. An der Nachwuchsarbeit im kulturellen Bereich wird seit Jahren gespart. Was bei den musischen Fächern an der Schule beginnt, setzt sich bei der Ausbildung in musischen Fächern an Hochschulen fort.

Schon heute gleichen Musikschulen dieses Defizit aus und bilden mit ihren Angeboten in Breiten- und Spitzenförderung die Basis für das Musizieren z.B. in Musikvereinen, in Chören oder in Orchestern an allgemeinbildenden Schulen. Dank des Engagements der Musikschulen sind hier in den vergangenen Jahren wertvolle Kooperationen entstanden, um musikalisches Interesse der Heranwachsenden zu wecken und sie entsprechend ihrer Begabungen und Talente frühzeitig fördern zu können.

Talente und Begabungen zeigen sich bereits im frühkindlichen Stadium und benötigen entsprechende Unterstützung und Förderung. Hierbei geht es im Idealfall um die Qualifikation für ein Musik-Studium, welches zu Profimusikern und Musiklehrern führt, die auch in Zukunft ein hochwertiges kulturelles Angebot innerhalb unseres Landes sichern.

Denn nur qualitativ hochwertige kulturelle Angebote locken Besucher nachhaltig an. Daher liegt es in unserem Interesse, die Kulturangebote innerhalb unseres Landes auf einem hohen Niveau zu halten und parallel dazu ein breites Spektrum zu erhalten und weiter anzubieten. Dies lässt sich nur mit finanzieller Förderung und entsprechenden Investitionen realisieren.

Die Corona-Pandemie hat viele Musikschulen unverschuldet in finanzielle Notlagen gezwungen. Nach dem ersten Lockdown war die Öffnung der Musikschulen mit zahlreichen Hygieneauflagen verbunden, die nur einen Bruchteil der Einkünfte generieren konnten. Die Umstellung auf digitale Kursangebote sowie die Notwendigkeit, aufgrund von Hygienevorschriften verkleinerte Gruppen anzubieten, führten zum Teil zu erheblichen Schülerrückgängen. Der erneut angeordnete Lockdown ist für viele Musikschulen, die durch die Raster der Überbrückungshilfen fallen, nicht mehr zu stemmen. Die Schülerzahlen sind weiter rückläufig, so dass Teilnehmergebühren wegbrechen.

Leider ist die finanzielle Ausstattung des rheinland-pfälzischen Musikschulwesens seit langem so dürftig, dass ihr Fortbestehen nun durch die Corona-Pandemie ernsthaft gefährdet ist. Das können auch die Kommunen vor Ort aufgrund ihrer ebenfalls schlechten finanziellen Situation nicht kompensieren.

Es fehlt an Wertschätzung für das vielfältige Engagement der Musikschullehrerinnen und -lehrer, wie auch der Kulturschaffenden aller Sparten, und oft auch an Anpassungen im Gehaltsgefüge. Besonders Honorarkräfte und Soloselbständige sind in existentielle Not geraten. In naher Zukunft werden auch die Musikschulen Schwierigkeiten haben, ihre Stellen mit qualifizierten Fachkräften zu besetzen.

Deshalb fordert der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf,

1. die Existenz und Arbeit der Musikschulen in unserem Land dauerhaft und flächendeckend zu sichern.

2. die Möglichkeit eines Musikstudiums und eines Studiums des Faches Musik für Lehramt auszuweiten.
3. Musikschulen als wesentliche Basis für die musische Bildung Heranwachsender und damit die kulturelle Zukunft unseres Landes anzuerkennen und entsprechend finanziell auszustatten.
4. Kooperationen der Musikschulen mit allgemeinbildenden Schulen zu unterstützen und zu fördern.
5. Wertschätzung gegenüber der Arbeit an Musikschulen zu zeigen, indem sie bei Überbrückungshilfen Berücksichtigung finden.
6. das Musikstudium am Standort Landau der Universität umgehend wieder anzubieten

Für die Fraktion:

Martin Brandl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Landtagsfraktion